

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neue Nachrichten) — (Niederwallner Zeitung)

Anzeigen
sollen die einspaltige Kolonelle
oder deren Raum 45 Wg.
Reklamen 100 Wg.
Bezugspreis
monatlich 180 Wg., mit Bringer-
schein 200 Wg. Durch die Post
bezogen monatlich 6.00 Wg.
inkl. d. Bestellgeld.
Inserate für auswärtige Zei-
tungen werden zu Original-
preisen vermittelt.

Gerne Nr. 584.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erstmal: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Gerne Nr. 584

Nr. 44.

Dienstag, den 13. April 1920.

28. Jahrgang

Amlicher Bericht der Französischen Militärbehörde.

Es werden momentan verschiedene Gerüchte in Umlauf gebracht. Diese tendenziösen und falschen Meldungen verfolgen offenbar das Ziel, absichtliche Meinung zu säuen und zu erregen.

Das Gerücht, die Amerikaner hätten die französische Regierung aufgefordert, ihre Truppen sofort aus den von ihnen neu besetzten Gebieten zurückzuziehen, ist vollständig unwahr und unbegründet.

Ein anderes Gerücht erwähnt ein Zwischenfall, der sich in der Gegend von Friedberg (b. Frankfurt) zwischen einer französischen Kavallerie-Patrouille abgespielt hat, worauf der eine deutsche Protest begründet hat.

Dieses Ereignis fällt in der Tat auf nichts herab. Es wurden wohl zwischen zwei Patrouillen Schüsse gewechselt, übrigens ohne weitere Folgen, aber der Vorfall ereignete sich in der von den französischen Truppen neu besetzten Zone, und er hätte nicht stattgefunden, wenn die deutsche Abteilung dieselbe nicht betreten hätte.

Die Steigerung des Markwertes.

Die Steigerung der Mark im Ausland hat sich auch gestern, entgegen den von interessierter Seite gedrückten Vermutungen, weiter fortgesetzt; der Markkurs ist in Paris zum Beispiel sprunghaft in die Höhe gegangen. Nach den vorliegenden Meldungen galt an der Frankfurter Börse (die Berliner gab wegen der befürchteten Beschlagnahme von Wertpapieren gar keine Notierungen) der Dollar nur 48% (gegen 52% am Samstag und etwa 100 Mark vor einem Monat), der französische Franc 274 (gegen 340 bzw. 780), der holländische Gulden 1730 (gegen 2050 bzw. 4040). Die Steigerung der Mark in Zürich setzte sich gestern in dem in den letzten Tagen gewohnten Tempo fort von 10.00 auf 10.90 Cts. Die Mark notierte in Paris zu Beginn der gestrigen Börse 31 gegen 26 am Samstag und beim Börsenschluss sogar 35 (gegen 27%) und nach 14 vor etwa Monatsfrist.

Diese in den letzten Tagen erzielten Besserungen unserer Währung bedeuten vorläufig nur eine Reaktion gegen den, ohne sachliche Unterlagen erfolgten Kurssturz im Januar. Erst die Veränderungen des 12. April haben es bewirkt, daß die Mark heute etwas mehr gilt, als zu Beginn des Jahres. Eine Ausnahme bildet das Verhältnis zum Franken, das sich jetzt wesentlich günstiger stellt, wurden doch 100 französische Franken am 31. Dezember noch mit 460 Mark bezahlt. Demgegenüber ist die gestrige Notierung von Paris mit 280 schon als eine wirtschaftliche Errungenschaft in dieser nur von Trübungen durchwehten Zeit zu begrüßen, wissen wir doch, daß gerade die immense Kaufkraft des Franken viel zu der übermäßigen Teuerung in besetzten Gebiet beigetragen hat, neben dem Ueberwerten der Dollar, Pfund usw. Berücksichtigen wir aber, daß das bisher zurückgelegte Stück Weges der Aufwärtsbewegung unserer Mark nur eine Winzigkeit darstellt im Vergleich zu der Annäherung an den Friedenswert, daß dieser Weg (im Züricher Kurs ausgedrückt) bis auf 100 und darüber führen muß, während wir heute erst die Anfangsetappe von 5 auf 11 zurückgelegt haben, dann besteht wahrlich noch kein Grund zum Uebermut.

Die süddeutschen Truppen im Ruhrrevier.

Nach einem Bericht der „Abn. Ztg.“ aus Duisburg herrscht unter den süddeutschen Truppen, die im Ruhrrevier stehen, starke Erregung, weil die Berliner Regierung sich geweigert hat, eine Abordnung dieser Truppen zu empfangen. Vertrauensleute der süddeutschen Reichswehr waren nach Berlin gereist, um die Reichsregierung über die Grundlosigkeit der Vorwürfe aufzuklären, die von kommunistischer Seite gegen die Reichswehrtruppen erhoben werden. Die Reichsregierung hielt diese Aufklärung für unnötig. Die Kommunisten sind für die Berliner Regierung eben vertrauenswürdiger, als die süddeutschen Reichswehrtruppen. Die Soldaten sollen entschlossen sein, keine Kampfhandlung mehr zu unternehmen und sich künftig nicht mehr in Preußen verwenden zu lassen.

Das Einkommensteuergesetz.

Der wesentlichste Unterschied des alten preussischen Einkommensteuergesetzes und des neuen Einkommensteuergesetzes, das jetzt im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurde, besteht, abgesehen von dem Tarif, darin, daß das neue Einkommensteuergesetz grundsätzlich jedes Einkommen erfaßt, und nicht lediglich das aus bestimmten Quellen fließende, so wie ferner, daß es lediglich die Einkommensteuer der natürlichen Personen regelt, während die Einkommensteuer der juristischen Personen in dem Körperschaftsteuergesetz geregelt ist. Der wesentlichste Inhalt des Gesetzes ist folgender:

Grundsätzlich unterliegt jede Einnahme der Einkommensteuer. Als steuerbares Einkommen gelten jedoch insbesondere nicht: Vermögenszufälle, die der Erbschaftsteuer unterliegen, Kapitalerträge auf Grund von Lebens-, Unfall- und sonstigen Kapitalversicherungen, Gewinne, die durch Veräußerung von Mobilien und Haus- und Grundstücken erzielt werden, es sei denn, daß sie in der Absicht der Veräußerung erworben worden sind. Gewinne, die durch die Veräußerung von Grundstücken erzielt worden sind, es sei denn, daß die Grundstücke erst innerhalb der letzten 10 Jahre erworben worden sind. Bei einem Erwerb, der vor dem 1. Aug. 1914 vorliegt, gilt die 10jährige Frist als erfüllt. Wer also infolge der gesunkenen Mark-Werta eine Teppich mit Nutzen verkauft, hat auf Gewinn keine Einkommensteuer zu bezahlen. Bei dem Einkommen sind im wesentlichen die gleichen Abzüge und Abschreibungen zulässig, die bisher zulässig waren. Hinsichtlich des Reichsnotopfers ist bestimmt, daß derjenige, der es nicht auf einmal, sondern im Wege der 6,5prozentigen Tilgungsrente zahlt, lediglich 5 Prozent in Abzug bringen darf. Das Einkommen der Ehegatten wird zusammengeordnet. Ferner wird jedem Haushaltsvorstand das Einkommen der zu seinem Haushalt gehörenden minderjährigen Kinder zugerechnet, sofern es sich nicht um Arbeitseinkommen handelt.

Der Steuertarif.

Steuertfrei ist ein Einkommen bis zu 1500 Mark, zusätzlich 500 Mark für jede Person, deren Einkommen demjenigen des Steuerpflichtigen zugerechnet wird. (Ehefrau, minderjährige Kinder.) Ueberschreitet ein Einkommen 10 000 Mark, so erhöht sich das steuerfreie Einkommen für jede zweite und weitere Person, deren Einkommen dem des Steuerpflichtigen zugerechnet wird, um 200 Mark, sofern die betreffende Person, das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Die Steuer beträgt nach Abzug des steuerfreien Einkommens bei einem Einkommen von:

M.	1 000.—	...	M.	100.—
"	3 000.—	...	"	320.—
"	5 000.—	...	"	600.—
"	8 000.—	...	"	1 080.—
"	10 000.—	...	"	1 450.—
"	15 000.—	...	"	2 550.—
"	25 000.—	...	"	5 250.—
"	40 000.—	...	"	10 050.—
"	80 000.—	...	"	20 450.—
"	100 000.—	...	"	34 300.—
"	250 000.—	...	"	110 000.—
"	500 000.—	...	"	200 000.—
"	800 000.—	...	"	420 000.—
"	1 000 000.—	...	"	550 000.—
"	5 000 000.—	...	"	2 953 000.—

Bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit 2 Kindern unter 16 Jahren, einem Kinde über 16 Jahren und 10 000 Mark Einkommen sind frei:

M.	1500.—	für den Vater,
"	500.—	für die Mutter,
"	500.—	für das älteste Kind,
"	500.—	für das zweite Kind,
"	700.—	für das dritte Kind

zus. M. 3700.—

Das steuerpflichtige Einkommen beträgt also 6400 Mark, auf das die Steuer 810 Mark beträgt.

Bei der Veranlagung können besondere wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschulbung, Unglücksfälle berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen 30 000 Mark nicht übersteigt und es kann zu diesem Zweck die Abgabe bei einem Einkommen bis zu 10 000 Mark ganz erlassen, bei einem Einkommen bis zu 20 000 Mark bis zur Hälfte, bei einem Einkommen bis zu 30 000 Mark um 1/4 ermäßigt werden. Veranlagt wird jeweils für 1 Jahr und zwar nach dem steuerpflichtigen Jahreseinkommen das der Steuerpflichtige in dem dem Rechnungsjahr vorangehenden Kalenderjahr bezogen hat. Die erstmalige Veranlagung auf Grund dieses Gesetzes erfolgt für das Rechnungsjahr

1920 nach dem Jahreseinkommen, das der Steuerpflichtige in diesem Jahre bezogen hat. Die Veranlagung erfolgt erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1920, so daß also das im Jahre 1920 erzielte Einkommen der Veranlagung für 1920 und für 1921 — also zweimal — zugrunde gelegt wird. Bis zur Veranlagung für 1920 werden zunächst die alten Steuern nach näherer Bestimmung des Reichsfinanzministers weiter erhoben. Zur leichteren Durchführung der Einkommensteuer ist vorgesehen, daß diese bei Lohnarbeit nicht beim Steuerpflichtigen, sondern an der Quelle erhoben wird. Infolgedessen soll nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen jeder Arbeitgeber 10 vom Hundert des Arbeitslohnes einbehalten und als Steuer abführen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmung wird noch besonders festgesetzt werden. Auf die Einkommensteuer wird die Kapitalertragssteuer innerhalb gewisser sehr niedriger Grenzen in Anrechnung gebracht, sofern der Steuerpflichtige 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist.

Zur Tagesgeschichte.

Die Schulfrage.

Der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung tritt am 14. April zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der die Vernehmung des Grafen Bernstorff und des Generals Papen stattfinden soll.

Die neue Welfenpartei.

Die neue Braunschweigisch-niedersächsische Partei ist heute schon mit dem ersten Aufzug an die Öffentlichkeit getreten. Den Stamm der neuen Partei bilden die früheren Rechtsparteien und die frühere Braunschweigisch-Welfische Partei. Der am meisten hervorstechende Programmpunkt der Trennung von Berlin wird damit begründet, daß Berlin für Braunschweig und Niedersachsen ein Unglück im Kriege, bei Ausbruch der Revolution und auch in neuester Zeit gewesen sei. Die neue Partei hält an der Selbstständigkeit des Herzogtums Braunschweig und an dem monarchischen Gedanken fest. Das Recht solle in Deutschland wieder zur obersten Richtschnur des ganzen öffentlichen und privaten Lebens werden, Terror und politisches Verbrechen verschwinden und Autorität, Recht und Sitte wieder hergestellt werden. An der Spitze des vorläufigen Vorstandes stehen der gewählte Braunschweiger Justizminister Lampe und andere bekannte Kämpfer für die Sache des Welfenhauses.

Schleswig.

Der neue Reichsminister des Auswärtigen Dr. A. S. Ker hat noch in seiner Eigenschaft als Reichs- und Staatskommissar für das Abkommungsgebiet von Schleswig eine Denkschrift über die künftige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark verfaßt. In dieser Denkschrift, die dem Präsidenten der internationalen Schleswig-Kommission Sir Charles Marling überreicht worden ist, heißt es u. a.:

„Die deutsche Reichsregierung hat das volle Vertrauen, sowohl zu dem gerechten Sinn der internationalen Kommission wie auch zu der Loyalität und dem guten Willen der dänischen Regierung, daß nur die rein nationale Selbstbestimmung zur Durchsicht kommen soll. Die Anerkennung dieses guten Willens entbehrt aber nicht der Notwendigkeit, ihm in einer materiellen Ausgestaltung der Verhältnisse einen tatsächlichen Ausdruck zu geben. Das kann nur durch Ziehung einer wirklich nationalen Grenze geschehen.“

Die Denkschrift legt dann weiter dar, daß nur bei Zugrundelegung einer Demarkationslinie, wie sie der sogenannten Tidsjö-Linie entspreche, eine wirklich nationale Grenze gezogen werde, die gleiche Freiheiten für die Minderheiten nördlich wie südlich der Grenze gewähre, denn bei dieser Demarkationslinie würden gleiche Minderheiten von Deutschen nördlich und von Dänen südlich der Landesgrenze belassen und gleichzeitig der Bevölkerung ihre ökonomischen Mittelpunkte gewahrt. Noch empfinde, so schließt die Denkschrift, ganz Schleswig-Holstein jede Teilung als ungerecht. Eine Verübung der jetzt hochgehenden Wogen völkischer Leidenschaften werde sich nur dann allmählich einsenken können, wenn auf dem vorgeschlagenen Wege ein erträglicher Ausgleich geschaffen werde.

Die Krankenversicherung.

Nach dem Protest der Ärzteschaft gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Einkommen bis zu 20 000 Mark beginnt sich auch jetzt die Opposition der von der Verordnung betroffenen Angehörigen zu regen. So nahm die Berliner Ortsgruppenversammlung der Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie einstimmig in scharfer Form gegen die Erhöhung der Versicherungsbeitrag Stellung und betonte in einer Entschiedenheit, daß die Erhöhung eine völlig überflüssige Staatsbelastung der Angestellten bedeute, da die an zahlenden Be-

trage außerordentlich hoch seien und in keinem Verhältnis zu den in den meisten Fällen sehr fraglichen Vorteilen ständen.

Baherns Protest.

Der Ministerpräsident Dr. v. Kahr hat gegenüber einer Abordnung der Einwohnerwehr erklärt, er sehe und falle mit der Einwohnerwehr. Für ihn gebe es hinsichtlich der Einwohner-, Reichs- und Polizeiwachen kein Verbandsverhältnis. Minister Hamm sei beauftragt worden, diese Stellungnahme des Ministerrats der Reichsregierung in Berlin bekannt zu geben. Bayern müsse seinen Standpunkt wahren, selbst auf die Gefahr eines Risikos hin.

In einer Versammlung der Einwohnerwehr erklärte Oberstleutnant Wörner: „Wir geben die Gewehre nicht her, auch dem Teufel nicht.“ Der Kreishauptmann von Oberbayern, Generalleutnant Jechlin, schloß mit den Worten: „Die Auflösung der Einwohnerwehren wäre Selbstmord. Was dem Protest folgt, ist eine Sache für sich.“

Der Einmarsch der Franzosen.

Französische Stimmen.

Havas meldet aus Paris: In den französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten ist eine Besserung eingetreten. Der „Temps“ sagt, daß bis jetzt noch keine offizielle Mitteilung eingetroffen ist, daß die Vereinigten Staaten die Befestigung der Mainstädte durch die französischen Truppen nicht billigen. Aus dem stattgehabten Meinungsaustausch geht hervor, daß es den deutschen Streitkräften obliegt, die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. So ist wenigstens immer noch die Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten. Diese meint, daß Frankreich ernste Gründe haben müsse, um seine Truppen auf das rechte Rheinufer vorrücken zu lassen und äußert den Wunsch, diese Gründe kennen zu lernen, die übrigens sehr leicht zu erklären sind. Die französische Regierung hat bis jetzt noch keine Note von Italien empfangen. Was die spanische Regierung anbelangt, die ihre Ansicht im Laufe einer in Tokio stattgehabten Unterredung geäußert hat, weiß man nun, daß sie nicht den geringsten Anspruch gegen die Befestigung der deutschen Städte erhebt.

Das „Journal des Debats“ sagt, daß Lord George sich zur See nach San Remo begeben wird, wo er am 19. April mit Millerand und den anderen alliierten Staatsmännern zusammentreffen wird. Unter diesen Umständen werden die französisch-englischen Besprechungen ohne Zweifel eine gewisse Verzögerung erleiden, ohne indessen unterbrochen zu werden. Es ist vielleicht nicht günstig, daß gerade die Umstände den Ministern und Diplomaten eine Bedenkenzeit auferlegen. Es ist unzweifelhaft, daß man sowohl in England als auch in Frankreich an der Aufrechterhaltung und Befestigung des Bündnisses festhält. Dies dürfte ebenso wenig wie die Ausführung des Friedensvertrages von Meinungsverschiedenheiten über allgemeine Punkte und von vorübergehenden Mißverständnissen abhängig gemacht werden. Das hat die französische Regierung wohl verstanden. Sie hat übrigens die Absicht mit unseren Freunden und Verbündeten insgesamt die Frage der Anwendung der Vertragsbestimmungen, die im Interesse aller liegen und die strikte beachtet werden müssen, zu prüfen. Man muß sich über diesen Punkt endgültig einig werden. Es ist gewiß, daß man zu dieser Übereinstimmung kommen wird, aber man muß ohne Hast und ohne Nervosität alle Gesichtspunkte des Problems prüfen. Ueber diesen Grundsatz ist sich die ganze Welt einig. Es genügt, daß man sich über die Bedingungen unterhält, unter denen die praktische Ausführung des Friedens vor sich gehen soll, der gemeinsam erteilt worden ist und der auch gemeinsam aufrechterhalten werden wird.

Die Amerikaner.

Wie der „New York Times“ berichtet, sagte Staatssekretär Cogh zu Journalisten mit Bezug auf die deutsche Protestnote gegen den französischen Einmarsch, es liege auf der Hand, daß es für die deutsche Regierung unmöglich sei, Frieden und Ordnung wieder herzustellen, wenn jeder Versuch dazu, mit

angerechneten Vertrauen entgegengetreten werde und neue Unterdrückungsmaßnahmen die Folge seien.

Aischaffenburg wird nicht besetzt.

Die deutsche Regierung hat die französische darauf aufmerksam gemacht, daß sich nach vorliegenden Meldungen französische Truppen im Vorrückenden in der Richtung auf Aischaffenburg befinden. Für den Fall, daß diese Nachrichten sich bewahrheiten, hat sich die deutsche Regierung für verpflichtet gehalten, mit allem Ernst auf die Gefahren besetzter Zusammenstöße der vorrückenden französischen Truppen mit deutschen Truppen hinzuweisen. Auf Grund dieser Note verständigte Valcologne am 10. April den deutschen Geschäftsträger in Paris davon, daß Frankreich nicht daran denke, Aischaffenburg zu besetzen. Stadt und Stadt sei nicht besetzt worden. Vorposten hätten lediglich aus militärischen Gründen bis in die Nähe der Stadt vorgeschoben werden müssen.

Der Zahlungsverkehr.

Um Gerüchten, die außerhalb Frankfurt verbreitet sind, entgegenzutreten, sei nochmals darauf hingewiesen, daß durch die Befestigung Frankfurts keinerlei Störungen im Zahlungsverkehr eingetreten sind, so daß sich jegliche Vorsichtsmaßregeln für Sendungen nach Frankfurt erübrigt.

Die süddeutschen Regierungen.

Die in Stuttgart abgehaltene Konferenz der Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen kam nach eingehender Aussprache über die gegenwärtige Lage zu folgendem Ergebnis:

Die in Stuttgart vertretenen Regierungen protestieren gegen die neuerdings erfolgte feindliche Besetzung der Bezirke Frankfurt a. M. und Darmstadt, die weder durch das Rheinlandabkommen noch durch den Friedensvertrag gerechtfertigt ist. Die Regierungen erklären, daß sie allen Maßnahmen der Reichsregierung zur Wahrung der Reichsinteressen zustimmen und jeden Versuch, Süddeutschland vom Reich zu trennen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage verlangen die vertretenen Regierungen, daß streng der Reichsverfassung gemäß verfahren wird, denn nur so ist die Zukunft des Reiches und der deutschen Nation zu sichern. Jede Zersplitterung, die über ein vernünftiges Maß hinausgeht, sei eine Gefahr, vor der die vertretenen Regierungen auf entschiedenste warnen.

Verzicht auf die Kontribution.

In einer Besprechung mit dem Oberbürgermeister folgt hat General Demeu die Kontribution von 10 000 Goldmark wieder niedergeschlagen mit Rücksicht auf die gute Haltung der Frankfurter Bevölkerung in den letzten Tagen und in der Hoffnung, daß auch ferner vollständige Ruhe herrscht. General Demeu äußerte dabei, daß es ihm lediglich auf die Vermeidung ähnlicher Unruhen wie am 7. April ankomme und erwähnte ferner, daß die deutsche Polizei in den letzten Tagen durchaus ihre Pflicht getan habe.

Babenhausen besetzt.

Babenhausen ist von französischen Truppen besetzt worden. Die Reichswehr ist nach Bobort abgerückt. Eine französische Patrouille kam gestern bis nach Bensheim, zog sich aber alsbald wieder zurück.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Essen befreit.

Wie Essener Blätter berichten, belästigt sich der durch die Plünderungen der Roten entstandene Schaden in der Stadt Essen auf über 10 Millionen Mark.

in dem geöffneten Fenster haften. Schmolzend klang es zu „Herrn Heinrich“ hinaus:

„Müdest du auch gerade heute so zeitig aufstehen, Inge! Ich hatte mir das so schön gedacht, Euch mit einer gelungenen Flucht am frühesten Morgen erschrecken zu können. Nun ist mein Vorhaben doch nicht geglückt. Wie schade! Hebrigens guten Morgen!“

„Guten Morgen, Adele! Du wollest uns ausreizen? Du es nur! Ich weiß von nichts; ich stehe auf deiner Seite. Deinen Eltern gegenüber wird mir meine Rolle nicht schwer fallen. Amüsiere dich, mein Kind. Adieu!“

Ein sonniges Lächeln verjüngte förmlich den „anderen Herrn“. Er winkte mit der Hand einen freundlichen Gruß und behutsam, ohne Geräusch zu machen, rakte die Amazone dem nahen Kartoffelfelde zu.

Er sah ihr lange nach, sein Auge glänzte.

„Gott sei Dank, daß ich alles noch so glücklich bewahrt hat“, murmelte er mit den dünnen Lippen. „Aber es ist schon so lange gedauert mit ihrem törichten Wahn“, sagte er in Gedanken sein Selbstgespräch fort. „Und ich habe darunter fast mehr gelitten als sie selber.“

— Warum?

— Er gab keine Antwort auf diese Frage, sondern schritt in das Nebenzimmer.

„Ja warum?“ klang es wieder in seinem Innern, als er seinen Morgenmüßig verzeirte. Er sah im Geiste alte Bilder auftauchen. Da erblickte er zuerst zwei kräftige Jünglinge, die sich eng umschlungen hielten: der ältere, eine hübsche, stämmige Erscheinung in schmaler Jünglingsuniform, der andere, von der Natur weniger vorteilhaft ausgestattete mit dem Studentenlappchen an dem buschigen Kopf und dem ersten Flaum unter der Nase. Schäumende Lebenskraft sprach damals aus beider Augen. Die Welt lag verheißungsvoll vor ihren trunkenen Blicken, denn ein gütiges Geschick hatte ihnen schon in der Wiege eine sorgenlose Existenz in den Göttern gelegt. Richtig waren alle Farben der Zukunft. Hoffnungsfreudig stürmten beide auf ihrem Lebensweg weiter.

Da tauchte im zweiten Bild eine Frauengestalt auf; sie sollte eine Wendung in ihrem Leben hervorbringen. Ein stiller, aber darum nicht weniger erbitterter Kampf fand statt. Doch einer nur konnte die Palme

In der Essener Stadtverordnetenversammlung wurde längerer Aussprache über die Ereignisse während der Besetzung der Stadt Essen folgende Entscheidung angenommen:

„Erst als Plünderungen und Gewalttätigkeiten die große Masse der arbeitwilligen Bevölkerung und die Einzelpersonen den Hungerhohnbeizern an den Verberberungen brachten, hat die Reichsregierung auf gende behördliche und private Notrufe den neutralen des Bezirks mit Reichswehr besetzt. So auch die Essen, in der die Verhältnisse unerträglich geworden sind. Wir befinden vor aller Welt, daß der Reichsregierung kein anderes Mittel mehr blieb, wollte sie uns elend zugrunde gehen lassen. Mit heißem Mitleid grüßen wir die Volksgenossen der unbeteiligten Städte, daraufhin von Frankreich besetzt worden sind. Wir heben feierlichst Einspruch gegen dieses Vorgehen der Franzosen, das jedem Recht und jedem Empfinden widerspricht, auf das auch der Besetzte Anspruch hat, nach Abschluß des Friedens.“

Die bayerischen Truppen.

Eine Berliner Blatt bringt die Meldung über angebliche Absicht der Regierung, die bayerischen Truppen in Dortmund zu entlassen. Diese Truppen sollen gewöhnlich ein Unternehmen gegen Elberfeld-Barmen gehabt. Die Meldung ist in allen Teilen falsch. Für die in Frage kommende Formation mittel, war verständlich ein Vorgehen gegen Elberfeld-Barmen geplant. Ebenfalls besteht bei der Regierung die Absicht, die in Dortmund befindlichen Truppen zu entlassen. Uebrigens ist die Zurückziehung der im Ruhrgebiet nicht mehr benötigten Truppen bereits eingeleitet.

Auf der Flucht erschossen.

Der Bergmann Steinert wurde in Herne von den Reichswehrtruppen festgenommen, weil er sich an Plünderungen in Essen beteiligt hatte. An der Mönchsstraße ergriff er die Flucht und wurde hierbei von Truppen erschossen. Wie die „Essener Zeitung“ meldet, Steinert verblutete, bei den Kämpfen um Essen die Leitung der Insurgenten in der Hand gehabt zu haben.

Englisch-deutscher Zwischenfall.

Nach einer Mitteilung des Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian“, Hamilton, ist der als Mitarbeiter des Blattes nach dem Ruhrgebiet entsandte Korrespondent des Blattes, A. A. Bögel, nach Befestigung Essens durch Reichswehrtruppen verhaftet worden und, nachdem ihm in der Haft übel mitgespielt worden war, erst am Abend wieder entlassen worden. Der englische Geschäftsträger Lord Kilmarock hat die Reichsregierung bereits von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt. Das auswärtige Amt verlangt bei dem Minister in Barmen telegraphisch eine strenge Untersuchung des Voralles und die sofortige Freisetzung der Schuldigen.

Neue reaktionäre Putschpläne.

Die mehrheitssozialistische „P. P. N.“ teilen mit, am Karfreitag der Regierungspräsident von Straßburg, Landrat des Kreises Hagenau und Staatskommissar in Neudamm, Abgeordneter Krüger, beim preussischen Ministerpräsidenten Braun gewesen sind und ihn unterrichtet haben, daß die Stappisten in Porzellan nicht abrücken, sondern im Gegenteil aufrücken, daß neue Zeitfreiwillige werben, und daß anders die Greifswalder Studenten noch geschlossen neuen reaktionären Taten bereitziehen. Auch die Anwesenheit des Major Bischof wurde gemeldet, wogegen den Aufenthalt des Generals von Lüttich nur wenige Gerüchte vorlagen. Der Ministerpräsident hat die Meldung sofort an zuständige Reichsinstitutionen weitergegeben, die alsdann einen Bericht über die bisher getätigten Schritte veröffentlicht wird. Der Staatskommissar ist öffentliche Ordnung hat bereits seit etwa acht Tagen gründliche Untersuchung der Angelegenheit, der größte Wichtigkeit beizumessen, in die Lage geleitet und Anordnungen getroffen, um irgend welche reaktionäre Putsch in Bonnern zu verhindern.

Nachrichten, die uns selbst zugehen, wissen von

des Sieges erringen. Das Glück war seinem Bruder Baldemar hold. In seinem überströmenden Liebesfühle machte Baldemar seinen jüngeren Bruder Mitwisser aller seiner geheimen Gedanken und Entfindungen, ohne sich so recht bewußt zu sein, daß diesem damit Wunde auf Wunde beibrachte.

Heinrich Barpart setzte die Tasse nieder und ließ die Hand über die Augen, um dem Bilde die Lebendigkeit zu nehmen.

Der durch die engen Beziehungen zwischen beiderseitigen Familien alsbald eintretende nähere Verkehr mit der zukünftigen Schwägerin steigerte die angesagte Leidenschaft fast bis zum Wahnsinn. Um vor sich selbst zu retten, trat er, Heinrich, der jüngere Bruder, noch bevor er seine Studien beendet, längere Reisen an. Erst nach zehnjähriger Abwesenheit sah er sein Elternhaus wieder, in das er pochen Herzens eintrat. Was hatte sich da inzwischen nicht geändert!

Adele, die mit fortschreitendem Wachstum Mutter immer ähnlicher wurde war sein Liebling.rief die schönsten Augenblicke seines Lebens immer neu in ihm wach, zauberte mit ihrem anmutigen Lächeln alle jene glücklichen, wenn auch kurzen Momente wieder in die Gegenwart zurück. Georg, der drei Jahre ältere Bruder, wurde seinem Vater ähnlich. Es war ein hochstrebender, feinfühliges Knabe, dessen körperliche und geistige Fähigkeiten für die Zukunft das Beste erhoffen ließen. Nachdem er erwachsen, kam man seine Vorliebe für den bunten Rod um so lieber nach, auch der Vater dies Ehrenkleid viele Jahre getragen hatte. So blieb denn Adele bald als einzige Tochter der Jugend auf dem Gute zurück und wurde von dem Onkel Heinrich, mit eifersüchtigen Augen beobachtet und bewacht.

Daß die Verhältnisse nicht immer so bleiben konnten, wie sie lagen, sagte er sich zwar selbst. Es alles kommen, wie es kommen mußte. Adele wurde und den Eltern eines Tages entführt. Das war ein Schicksals Lauf. Dagegen konnte man nicht antworten und wenn es ihr Glück war, dann wäre es es gewesen, sich dagegen anzustrengen.

(Fortsetzung folgt)

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

10) (Nachdruck verboten.)

Raum war die Tür zugeflogen, da lagen sich die beiden Zurückgebliebenen wortlos in den Armen. „Deinem Vater kann man wirklich gut sein“, sagte der Bräutigam mit glänzenden Augen.

Die Sonne stand noch nicht lange mit ihrer vollen Scheibe am Horizont. Nahe am Herrenhause des Ritterguts Belonten wurde auf dem grasbewachsenen Fußsteig ein Reithof vorzüglich auf und ab geführt. Sein Rücken trug einen Damenattel.

Der Stallknecht blickte angelegentlich zu der Freitreppe empor, von der die Reiterin bald herabkommen mußte.

Oben in der ersten Etage öffnete sich ein Fenster. Der Kopf eines ältlichen Mannes wurde hinter dem Rahmen sichtbar. Ein kurzer, grauer Vollbart rahmte das gebräunte Gesicht mit den hellen, freundlich blickenden Augen und dem energisch geschnittenen Mund ein.

Es war der „andere Herr“ oder „Herr Heinrich“, wie er vom Gutsbesitzer genannt wurde.

Heinrich Barpart, der unverheiratet gebliebene Bruder des Gutsbesizers, sah erstaunt auf das gesattelte Reithof unter seinem Fenster. Schmunzelnd zog er seinen Körper wieder zurück.

Da knarrte die Haustür. Mit raschem Schritte verließ eine schlanke Mädchengestalt die Treppe und schwang sich mit Unterstützung des Stallknechts außerst gewandt auf das Pferd.

Ihren lieblichen, frischen Ansehen nach hätte man sie für kaum dem Vierzehnter entwachsen ansehen können, obgleich sie nicht weit von der Mitte der Zwanzig entfernt war.

Schnell überblickte sie noch mit einem schelmischen Zug in den Augen die Vorderfront des Gebäudes, um sich zu vergewissern, daß ihr Unternehmen von keinem Späher beobachtet wurde — daß sie heute die erste war, die den jungen Tag auf gesattelterm Pferde begrüßte.

Doch — da zuckte sie zusammen. Ihr Auge fiel

Leipzig, Baummesse, Raum 14/14a.

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 11. April. Das fünfte Mitglied der Regierungskommission für das Saargebiet der langjährige Bürgermeister in Winnipeg in Kanada mit Namen Baug, ist in Saarbrücken angekommen.

Mainz, 12. April. Die ersten Spargel werden jetzt in den Läden der Stadt zu 4 Pfund angeboten, allerdings noch zu dem Preise von M. 9.— das Pfund. Bei weiter anhaltender warmer Witterung dürfte der Preis sehr rasch erheblich sinken.

Köln, 11. April. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Trier: Der französische Vertreter der Rheinlandschmission läßt veröffentlicht, daß infolge des unzuverlässigen Tones gewisser tendenziöser Mitteilungen in der letzten Stadtschöffenversammlung ein Strafverfahren gegen den Stadtschöffen Kauterstrach eingeleitet worden sei. Er habe sich über Einquartierungsfragen in sehr scharfer Weise ausgesprochen. Hinzugefügt wird, daß dieses Verfahren mit der Frage selbst nichts zu tun habe. Diese werde gegenwärtig von der zuständigen höheren Behörde eingehend geprüft.

Theater-Spielplan.

Nassauisches Landestheater in Wiesbaden.

Vom 14. bis 18. April 1920.

Mittwoch, nachm. Bei aufgeh. Abonnement! Sonder- vorstellung für den Arbeiterbildungsausschuß Viebrich: „Die Dienstboten“. Hierauf: „Die Puppenfee“. Anfang 3 Uhr. (Ein Kartenverkauf findet nicht statt). Abends. Bei aufgeh. Abonnement! Sondervorstellung für den Arbeiterbildungsausschuß Wiesbaden: „Der Barbier von Sevilla“. Anfang 7 Uhr. (Eine beschränkte Anzahl von Karten gelangt an der Theaterkasse zum Verkauf).

Donnerstag, Ab. C.: Drittes und letztes Gastspiel Michael Bohnen: „Die Meisterfinger von Nürnberg“. Anfang 5 Uhr. Hans Sachs, Michael Bohnen als Gast. Freitag, Ab. C.: „Die Schwestern und der Fremde“. Anfang 7 Uhr.

Samstag, nachm. Bei aufgeh. Abonnement! Schüler- Sondervorstellung: „Minna von Barnhelm“. Anfang 2½ Uhr. (Ein Kartenverkauf findet nicht statt). Abends. Ab. A.: Neu einstudiert: „Der Bettelstudent“. Anf. 7 Uhr.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 14. bis 18. April 1920.

Mittwoch, abends 7 Uhr: „Wiener Blut“. Donnerstag, abends 7 Uhr: „Das süße Mädel“. Freitag, abends 7 Uhr: „Die Frau im Hermelin“. Samstag, abends 7 Uhr: „Das Glücksmädel“. Sonntags, nachm. 3 Uhr: Halbe Preise! „Eine Ballnacht“. Abends 7 Uhr: „Das Glücksmädel“.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Weinbauamtliche Kommissar Landrat o. D. Wagner in Hildesheim hat seinen ständigen Wohnsitz nach Geisenheim verlegt.

Einladung

zu einer

Sitzung der Gemeinde-Vertretung.

Zu der von mir auf

Donnerstag, den 15. April ds. Js., nachmittags 6 Uhr hier im Rathause anderaumten Sitzung der Gemeinde- vertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindever- tretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mit- glieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Antrag des Vereins für Nass. Altertumsstunde betr. Anlage eines Gedächtnisbuches.
2. Bewilligung der erhöhten Preise für Verzekung der Einkommen.
3. Erlaß einer neuen Geschäftsordnung für die Er- hebung von Abgaben für Begräbniskosten.
4. Gesuch der Nachwächter um Gehaltserhöhung.
5. Bewilligung einer Entschädigung für den Müch verteller.
6. Beschlußfassung über Aenderung der Ordnung betr. die Erhebung von Lustbarkeitssteuern im Bezirke der Gemeinde Schierstein.
7. Genehmigung der Holzversteigerungen.

Schierstein, den 12. April 1920.

Der com. Bürgermeister: Keffels.

Grundsätze der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau in Cassel für die Uebernahme des Heilverfahrens.

Für die Uebernahme der Krankenfürsorge sollen folgende Grundsätze beobachtet werden.

1. Bei Zwangsversicherten ist mindestens für die letzten 5 Jahre eine dauernde und regelmäßige Versicherung zu verlangen, d. h. es müssen im Durchschnitt der Jahre

mindestens 40 Marken verwendet sein. Unter aller Um- ständen ist aber für die Uebernahme der Krankenfürsorge Voraussetzung, daß mindestens 100 Beitragswochen ein- schließlich anrechnungsfähiger Krankheitszeiten oder militärischer Dienstleistungen nachgewiesen sind. Gesuche, welche erst nach oder unmittelbar vor Ablauf der Unterführung durch die Krankenkasse gestellt werden, sind abzulehnen, desgleichen Gesuche auf nachträgliche Bewilligung der Kosten für ein bereits durchgeführtes Heilverfahren. Sind die Antragsteller oder deren Angehörige in der Lage, einen Zuschuß zu den Kosten des Heilverfahrens zu leisten, so ist die Uebernahme des Heilverfahrens hiervon abhängig zu machen. Mehr als zwei Kuren sollen in einem Zeitraum von vier Jahren nicht bewilligt werden. Die Dauer einer Kur ist abgesehen von Lungen- und Nervenleiden im allgemeinen auf nicht mehr als vier Wochen zu erstrecken.

2. Bei freiwillig Versicherten, denen eine sonstige und insbesondere eine anderweitige gesetzmäßige Fürsorge nicht zur Seite steht, kann die Krankenfürsorge bereits bei Leistung der Mindestbeiträge von 20 Marken in 2 Jahren über- nommen werden, sofern die Wartezeit erfüllt und die An- wartschafft erhalten ist.

3. Bei freiwillig Versicherten, denen im Falle der Invalidität eine anderweitige Fürsorge und insbesondere eine Pensionsberechtigung, jedoch abgesehen von der Fürsorge der Angestellten-Versicherung, zur Seite steht, soll die Kranken- fürsorge nur bei Mindestleistung von durchschnittlich 30 Marken im Jahre und nur bei angemessener Beteiligung der in Betracht kommenden anderweitig zuständigen Fürsorgestelle (Behörde) übernommen werden. Auch hier ist Voraussetzung der Erfüllung der Wartezeit und die Erhaltung der An- wartschafft.

4. Bei Versicherten, die gleichzeitig bei der Reichs- versicherungs-Anstalt für Privat-Angestellte versichert sind, sollen Gesuche auf Uebernahme der Krankenfürsorge in erster Linie dieser Anstalt zuständigkeitshalber überwiesen werden.

Ein Covercoat-Mantel

2 Mädchen und 3 Kinder- Sommerhüte gut erhalten zu verkaufen. Näh in der Ge- schäftsstelle.

Ein nur wenig gebrauchte Waschmaschine

zu verkaufen bei W. Schneider, Eisenhandlung.

1 Paar schw.

Spangen-

und 1 Paar weiße

Halbschuhe

Größe 38—39, 2 x getragen zu verkaufen. Näh. im Verlag.

Achtung!

Wollen Sie hohe Preise erzielen, dann bringen Sie ihr sämtliches Altmaterial, wie: Lumpen, Knochen, Eisen, Wollgestr., Papier, Alte Bücher, zerbrochenes Weißglas, Hasen- felle, sämtliche Metalle nur nach

Küferstraße 7.

Kaufe Wein-, Selt-, Kognat- und Bordeauxflaschen. Alles wird reell gewogen und gut bezahlt. Ankauf von morgens 8½ bis 3 Uhr.

Wir geben hierdurch bekannt, daß wir infolge Personalmangel unsere Depostitenkasse bis auf weiteres nur Diensttags und Freitags

vormittags von 9—12 Uhr

offen halten können.

Biebricher Bank

e. G. m. b. H.

Verkauf v. Villen, Wohn- u. Geschäftshäusern, Grundstücken, Landgütern, kl. Landw. Betriebe, Industriebetrieben und Landhäusern m. gr. Garten in Wiesbaden u. weiterer Umgebung (Rheingau, Taunus bis Frankfurt a. M.) vermittelt schnell und streng reell. Grundstücks-Markt G. m. b. H. Wies- baden, Schwalbacherstr. 4, Tel. 5384.

Kaufe Altmaterial

Lumpen, gestrickt. Wolllumpen, Papier zum Einstampfen und Zeitungen, Metall ges. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Delenenstr. 18.

Telefon 1832.

Telefon 1832

Schmuck

in jeder Form und Me-

auch

Zähne kau

Brillanten

für he

Preis

Bok

Wiesbaden

Kirchgasse 70.

Uhren

Dampffärberei und Chemis

Reinigungsanstalt

Karl Döring, Wiesbaden

Fabrik: Drudenstrasse 5. — Fernsprecher Nr. Läden: Weissenburgstrasse 12. Fernsprecher Nr. und Schwalbacherstrasse 9, Fernsprecher Nr.

Annahmestelle: Römerberg 7.

Färben und Reinigen sämtlicher Damen- u. Her- Garderoben, Möbel-Stoffen, Teppichen bei tadel- Ausführung, schnellster Lieferung u. soliden Pre- Trauersachen innerhalb 24 Stunden

11 Glücklose für 10 Mark

11 Lehrerheim-Loose 135 000 M. Gewinn. 10 2 Kriegerge- Geldlose 1 Million M. Gewinn. 5 25 Ueberseezigaretten 3 Proben 22.50 25.— 30.—, 37.50 M. 100 Zigaretten 20.—, 30.—, 40.—, 50.— M. Sonderangebot für die Les- der „Schiersteiner Zeitung“ bei Bezugnahme auf diese Anzeige.

J. Staßen, Geogr. Wiesbaden, um- 1875. 7 Welltrichstraße 7

Einladung

an Damen u. Herren jeden Lebensalters in getrennten Schulen, zu unterer nach Ostern beginnenden

Sommerkursen

für kaufmännische Ausbil- dung u. allgemeines Wissen, welches für das bürgerl. u. geschäftliche Leben nach den heutigen Verhältnissen un- bedingt erforderlich ist. Auch Einzelkinder können belegt werden. Anmelde. bald (auch Sonntags u. w.) erbeten.

Kaufm. Privatschule

S. & C. Wein,

Wiesbaden, Kirchgasse 22

Telefon 223.

Eine Grube

Dung

(Circa 130 Zentner) zu haben. Näh. Mittelstraße 15.

Metalle

Alt-Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn

kauft zu hohem Preis

Gauer & Hies,

Wiesbaden, Berderstr. 3, Tel. 4551.

Telefon 223.

Sonderangebot: Uebersee-

Kaustabak, Java-Virginia

M. 27.50 per Pfund einchl.

Steuer od. mit deutschem Tabak

gemischt M. 25. per Pfund in

Postpaketen (Porto und Ver-

packung M. 6 10) im Zentner

billiger. S. & C. Wein,

Wiesbaden, Kirchgasse 22, 1.

Telefon 223.

Nordhäuser

Kautabak

Qualität wie vor dem Kriege,

empfiehlt auch für Wieder-

verkäufer.

Tabak- u. Zigarrengeschäft

Vogel,

Wiesbaden, Dellmundstraße 34

Nicht zugängende Ware

Geld zurück.

Weinfässer

von 100—600 Liter, neu u. geb.

Küfererei Braun, Mainz, Witt.

Wische 34, Telefon 2148.

Stempel

liefert Niemand

als die

Rhein. Stempelfabrik

Wiesbaden, Kirchgasse

Telefon 3765.

1 Glastür, 1 Z

kasten, Dachständer

Mohr zu verkaufen

E. Habicht

13jähriges Mädchen

während seiner

freien Zeit Besch

tigung. Näh. in der

1 Trümeauspieg

und 1 Goldspieg

zu kaufen gesucht.

Angebote unter 3. B.

an die Geschäftsstelle.

Haus

zum Alleinbewohnen

größ. Hofraum und

Stallung gesucht.

Näh. in der Geschäfts

Karbid,

Karbid-Lampen.

Kaffeeöster, Gaslamp

Brenner, Zyl., Glüh

Gaslocher und Schla

Brat- u. Badhauben, B

wannen, Zapfhähne, G

und Wasserhähne zu

kaufen.

Krause, Wiesbaden,

Welltrichstraße 10.

Saubere

Medizinflaschen

tauft

Jakob Weiß, Zeilstr.

Ein Arbeiter

sucht Arbeit.

für alle häusliche Arbeit

für in und außer dem Haus

Wo, sagt die Expedi

Die

der